

Zurück zu Kerzenlicht und Stall-Laterne

Wir lasen neulich: Immer mehr Bürgern wird der Strom abgeklemmt.*) 2014 ist das in fast 352 000 Haushalten der Fall gewesen. Im laufenden Jahr werden es nicht weniger geworden sein, sondern eher mehr. Denn die Energiewende-Politik der Bundesregierung und der Parteien im Bundestag verteuert den Strom immer weiter. Viele Bürger können sich die Stromrechnung nicht mehr leisten und geraten mit dem Bezahlen in Verzug. Mahnungen deswegen haben sogar knapp 6,3 Millionen Stromverbraucher bekommen. Die Drohung, sonst im Dunkeln zu sitzen, haben die meisten dann doch zur Zahlung genötigt. Jene 352 000 allerdings nicht, sie haben nichts mehr zu zahlen vermocht. Sie erfahren dann: Ohne Strom sitzt man zuhause nicht nur im Dunkeln. Noch schlimmer ist: Wichtige Geräte, die heute zur Grundausstattung gehören, laufen nicht mehr: der Elektroherd, der Kühlschrank, die Waschmaschine, der Geschirrspüler, der Computer, die elektrisch gesteuerte Öl- und Gasheizung, falls man eine eigene besitzt. Kleine elektrische Küchengeräte ebenfalls nicht. Bei der Beleuchtung immerhin kann man sich behelfen: mit Kerzen, Petroleumlampen, mit Stalllaternen. Aber komfortabel ist das nicht, Dazu die Brandgefahr. Rückkehr in die Zeit vor dem elektrischen Strom. Was tun?

Die meisten denken: nichts

Noch denken die meisten, sie müssten gar nichts tun, könnten sich sogar sehr viel teureren Strom immer noch leisten. Außerdem fühlen sie sich gut, weil ihnen weisgemacht wird, mit der „Energiewende“ lasse sich ein Erwärmen der Erde und ihres Klimas verhindern, dafür müsse man doch Opfer zu bringen bereit sein. Sie werden sich später sehr wundern.

Warum Arbeitsplätze verloren gehen sowie Arbeitseinkommen und Kaufkraft

Teurer nämlich wird der Strom in Deutschland nicht nur für private Haushalte (obwohl dort besonders), sondern auch für Gewerbe und Industrie, für sämtliche Unternehmen. Diese können sich mit Kerzen und Stalllaternen nicht behelfen, ohne Strom geht bei ihnen gar nichts mehr. Sie stehen – weil wir offene Grenzen und Freihandel haben – im Wettbewerb mit Unternehmen außerhalb Deutschlands, deren Stromkosten geringer sind. Das hindert sie daran, die staatlich verursachten zu hohen Stromkosten auf ihre Kundschaft teilweise oder ganz abzuwälzen. Teils wandern sie ab wie die stromintensive Industrie (Beispiel Aluminium), teils müssen sie irgendwann aufgeben und ihre Tore schließen. Dann gehen viele Arbeitsplätze verloren und für viele Menschen ihre Arbeitseinkommen mit entsprechenden Verlusten an Kaufkraft.

Auf schleichende Weise zur Deindustrialisierung Deutschlands

Wer weniger Geld zur Verfügung hat, kauft weniger. Oder er verschuldet sich zunächst, kann die Schulden später nicht zurückzahlen und verarmt. Beides bekommen andere Unternehmen zu spüren, weil ihr Umsatz zurückgeht. Diese Spirale dreht sich immer weiter, frisst sich in Wirtschaft und Gesellschaft

regelrecht ein. So führt die Energiewendepolitik auf schleichende Weise und auf längere Sicht zu Deutschlands Deindustrialisierung. Die politische Führung müsste sich darüber im Klaren sein. Wenn sie trotzdem so weitermacht, nimmt sie das in Kauf oder steuert absichtlich darauf zu. Aber zu viele Bürger merken noch nichts davon oder wollen diese Folge nicht wahrhaben. Aber eines Tages werden sie oder ihre Nachkommen selbst Opfer dieser Politik sein. Dann ist es zu spät.

Wer den Strom künstlich verteuert, legt Hand an den Massenwohlstand

Als die Elektrizität entdeckt wurde, als sie durch immer weitere Erfindungen nutzbar gemacht wurde, als sie für immer mehr Menschen erschwinglich wurde, bescherte sie den Menschen Arbeitserleichterungen, Annehmlichkeiten und Zeitgewinne, die zuvor unmöglich gewesen waren. Diese Entwicklung hat den Wohlstand breiter Massen, die zuvor zu den Armen zählten, überhaupt erst ermöglicht. Dass Deutschland und andere Staaten zu Wohlstandsstaaten geworden sind und sich darüber hinaus als Wohlfahrtsstaaten gebärden können, ist im Wesentlichen dem elektrischen Strom zu verdanken. Wer ihn wie die deutsche Energiewendepolitik künstlich verteuert, unterminiert den Wohlstand der Bevölkerung, legt Hand an das, was uns den Massenwohlstand gebracht hat. Wer diese Politik unterstützt, hilft mit, Deutschland zu ruinieren. Wer nichts gegen sie unternimmt, hilft ebenfalls daran mit. Also sollten die heute noch Bequemen, Denkfaulen oder Realitätsverweigerer lieber doch etwas gegen sie tun.

Umschwenken ins Lager der Verantwortungsbewussten

Sie könnten umschwenken in das Lager der Nachdenklichen und Verantwortungsbewussten und zum Beispiel dem NAEB-Stromverbraucherschutz e. V. beitreten, zu dessen Beirat auch ich gehöre. Je mehr Mitglieder, umso durchsetzungsfähiger gegen die Energiewende-Politik kann der Schutzverein öffentliche Wirkung entfalten. Die NAEB-Web-Seite finden Sie [hier](#), öffentliche Mitteilungen [hier](#), Ein Beitrittsformular [hier](#). In der jüngsten Mitteilung vom 7. Dezember befasst sich Prof. Dr. Hans-Günter Appel mit jenen Kosten der Energiewende, die vor den Bürgern versteckt werden. Ich gebe den Text hier im Wortlaut wieder (die Zwischenüberschriften sind von mir eingefügt):

Der Unmut nimmt zu

„Langsam macht sich unter den Bürgern und den Wählern Unmut gegen die ‚Energiewende‘ breit wegen der ständig weiter steigenden Stromkosten. Auch im nächsten Jahr wird die Umlage nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) weiter erhöht und steigt auf 6,35 Cent pro Kilowattstunde plus Mehrwertsteuer. Das sind 25 Prozent des derzeitigen Strompreises. Doch die gesamten Kosten der ‚Energiewende‘ sind wesentlich höher. Sie werden in den Netzgebühren versteckt, um den ausgewiesenen Anstieg der Wendekosten möglichst gering zu halten. Dipl.-Ing. Günter Unseld vom Stromverbraucherschutz NAEB e.V. hat die Wendekosten ermittelt, die auf uns zukommen, wenn die Pläne der Bundesregierung verwirklicht werden.“

Eine Schutzbehauptung, um die Pfründen zu erhalten

„Inzwischen ist es allgemeine Erkenntnis, die Bundesregierung treibt mit Hilfe des unsozialen Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) die Stromkosten weiter in die Höhe. Diese Politik ist unsozial, weil die große Masse der einkommensschwachen Bevölkerung mit den hohen und weiter steigenden Stromkosten den wohlhabenden Betreibern und Anlegern von regenerativen Stromerzeugern hohe Renditen finanzieren muss. Der Ausbau von Windstrom-, Solarstrom und Biogasstrom-Anlagen soll weiter fortgesetzt werden, um angeblich das Klima zu schützen. Das ist bei näherem Hinsehen jedoch eine Schutzbehauptung zur Erhaltung der Pfründen der Nutznießer der Energiewende.“

Immer mehr Energiewende-Kosten in die Netzkosten verschoben

„Inzwischen werden die Widerstände der Bevölkerung gegen die weiter steigenden EEG-Umlagen von der Politik registriert. Daher werden immer mehr Wendekosten in die Netzkosten verschoben, damit sie nicht mehr unmittelbar ausgewiesen werden. Das nutzt jedoch wenig. Die Stromkosten steigen mit jeder neuen Ökostromanlage weiter an. Der Erfindungsreichtum ist groß und ungebrochen, wenn es darum geht, die Renditen der Profiteure zu sichern. Neben der EEG-Umlage, die voraussichtlich in den nächsten fünf Jahren von 6,35 Cent/kWh auf 7,54 Cent/kWh steigen wird, gibt es noch eine Reihe weiterer Umlagen:

Umlage für Kraftwärmekopplung: Sie wird gezahlt, wenn die Abwärme von Stromerzeugern zur Heizung und Warmwassererzeugung genutzt wird. Sie soll im nächsten Jahr von 0,21 Cent/kWh auf 0,53 Cent/kWh steigen.

Umlage für Offshore-Haftung: Wird ein Windpark in der Nord- oder Ostsee durch den Netzbetreiber nicht rechtzeitig angeschlossen oder fällt der Anschluss wegen eines Defektes aus, erhält der Windparkbetreiber trotzdem die Vergütung für den Strom, den er hätte liefern können bei einem funktionierenden Anschluss. Mit dem steigenden Offshore-Ausbau erhöht sich auch die Haftungsumlage von 0,7 Cent/kWh auf 1,1 Cent/kWh im Jahr 2020. Es haftet also der Stromkunde für Fehlplanungen und Pannen. Der Betreiber kassiert nur ohne Risiko.

Kosten für neue Hochspannungsleitungen: Bis 2020 werden dadurch die Stromkosten auf mindestens 3,3 Cent/kWh ansteigen. Sollten die Trassen weitgehend in die Erde verlegt werden, können sich diese Kosten mehr als verdoppeln.

Kosten für Verteilnetze: Die Niederspannungsnetze müssen weiter ausgebaut werden, um den dezentralen Strom einzusammeln. Das führt zu einem weiteren Anstieg der Stromkosten um 1,7 Cent/kWh bis 2020. Intelligente Trafos und Stromzähler: Sie erhöhen die Kosten bis 2020 um 0,6 Cent/kWh, die voraussichtlich in der Grundgebühr versteckt werden.

Kosten der Netzsteuerung: Blindleistung, Redispatch,**) Kurzzeitregelung über Batterien, Reserve für Spitzenstrom und Reserve für schwache Wind- und Sonnentage summieren sich zu 3,3 Cent/kWh.“

„Wenn die Pläne der Bundesregierung weiter befolgt werden, steigen die Stromkosten wie folgt:

Jahr	EEG UmlageNetzentgelte	
	Cent/kWh	Cent/kWh
2014	6,24	6,000
2015	6,17	6,000
2016	6,35	9,371
2017	6,41	19,646
2018	6,97	13,479
2019	7,26	14,449
2020	7,54	15,568

Dies sind Netto-Beträge. Hinzu kommt die Mehrwertsteuer. Der Strompreis wird dann bei 45 Cent/kWh für den Endverbraucher liegen. Das ist eine Steigerung von 50 Prozent innerhalb von fünf Jahren.“

Zunahme Brutto-Stromkosten

Jahr	Cent/kWh
2014	30,3
2015	30,259
2016	35,147
2017	37,296
2018	41,452
2019	43,063
2020	44,855

„Diese Steigerung wird langsamer verlaufen, wenn die Bürgerinitiativen zunehmen und den Ausbau der Ökostromanlagen und der geplanten Trassen bremsen. Die Kosten können aber auch schneller steigen bei einer Verlegung der Stromtrassen weitgehend in die Erde. Dann werden die Trassen siebenmal teurer.“

Wenn die Energiewende so weitergeht, kostet sie bis 2050 rund 5 Billionen

Noch eindrucksvoller ist eine Berechnung, die ich hier auf dieser Web-Seite am 7. August 2015 vorgestellt habe („Was die Energiewende wirklich kostet“): „Wenn es mit ihr unverändert so weitergeht wie bisher, summieren sich die Kosten bis 2050 auf über 5 Billionen Euro oder für einen Vier-Personenhaushalt jährlich auf 9000 Euro. Die mit dem „Ökostrom“ versprochene Zukunft lässt sich nicht einhalten.“ Den ganzen Text siehe [hier](#).

–

*) FAZ vom 16. November 2015, Seite 19.

***) Was ist Redispatching? Die Bundesnetzagentur erklärt dies so: „Unter Redispatch sind Eingriffe in die Erzeugungsleistung von Kraftwerken zu verstehen, um Leitungsabschnitte vor einer Überlastung zu schützen. Droht an einer bestimmten Stelle im Netz ein Engpass, so werden Kraftwerke diesseits des Engpasses angewiesen, ihre Einspeisung zu drosseln, während Anlagen jenseits des Engpasses ihre Einspeiseleistung erhöhen müssen. Auf diese Weise wird ein Lastfluss erzeugt, der dem Engpass entgegenwirkt. Der schrittweise Ausstieg aus der Kernenergie und die vermehrte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien wirken sich auf die Lastflüsse im Netz aus und führen dazu, dass Netzbetreiber häufiger als bisher Redispatch-Maßnahmen vornehmen

müssen. Zudem muss die Kompensation fehlender Blindleistung sichergestellt werden. Blindleistung wird zur Spannungshaltung in den Übertragungsnetzen benötigt und muss gleichmäßig verteilt bereitgestellt werden. Da auch Kraftwerksbetreiber eine Verantwortung für die Stabilität der Netze tragen, sind sie nach dem EnWG dazu verpflichtet, auf Anforderung der Übertragungsnetzbetreiber an bestimmten Maßnahmen zur Sicherung der Netzstabilität mitzuwirken. Die Details regelt eine Festlegung der Bundesnetzagentur. Damit soll sichergestellt werden, dass die Netze den jetzt erhöhten Anforderungen weiterhin standhalten.“ (Quelle: [hier](#))

„Deutschlands Kraftwerke müssen immer häufiger ihre Leistung drosseln. Während konventionelle Kraftwerke weitestgehend konstant die gleiche Energiemenge in das Netz einspeisen können, ist dies bei den meisten Kraftwerken, die erneuerbare Energien verwenden, anders. Je nach Wetterlage kommt es zu Leistungsspitzen oder Leerlauf. Die Leistung konventioneller Kraftwerke muss dann angepasst werden. Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage mehrere Grünen-Abgeordnete im Bundestag geht hervor, wie lange gewöhnliche Kraftwerke vom Netz genommen oder gedrosselt werden mussten, um die Netzstabilität zu gewährleisten. Diese Maßnahmen werden als ‚Redispatch-Maßnahmen‘ bezeichnet.Die Zahl dieser Maßnahmen ist zuletzt – vor allem wegen der Veränderungen durch die Energiewende – stark gestiegen. In besagter Bundestags-Antwort ist zu lesen: ‚Zwischen den Jahren 2010 und 2013 hat sich die Dauer der Redispatch-Eingriffe nahezu verfünffacht. Für das Jahr 2012 wurden strom- und spannungsbedingte Redispatch-Maßnahmen mit einer Gesamtdauer von 7 160 Stunden gemeldet. Die Maßnahmen umfassten dabei ein Gesamtvolumen von 2 566 GWh.‘“ (Quelle: [hier](#))

Von einstmals (ohne Windstrom, Sonnenstrom und Energiewende) vier bis fünf solcher Eingriffe im Jahr sind es heute über sechstausend.

Rechtlicher Hinweis: Für alle meine Beiträge auf dieser Web-Seite liegen die Rechte bei mir. Die Texte zu kopieren und zu vervielfältigen, ist an zwei Voraussetzungen gebunden: Erstens, die Kopien dienen lediglich privaten Zwecken, werden also nicht kommerziell verwendet, es sei denn, es ist mit mir anderes vereinbart. Zweitens, jede Textverwendung respektiert das urheberrechtlich geschützte geistige Eigentum. Daher sollte auch bei privater Nutzung die Angabe der Quelle und des Copyright selbstverständlich sein. Kommerzielle Verwendungen bedürfen meiner Genehmigung als Rechteinhaber. Haftungsausschluss / Disclaimer siehe [hier](#). Wenn dieser Hinweis nicht unter jedem Beitrag steht, so gilt er doch auch für diese anderen.